**"Galama um eine dämliche Wand"**

**Stadtrat Gustav Blessing darf die JuZ-Erweiterung für 3000 Euro in die Hand nehmen — wenn rechtlich nichts dagegen spricht**Von unserem Redakteur André Hönig

**SCHOPFHEIM. Ist das der Durchbruch für die vom JuZ lang ersehnte Raumerweiterung? Der Gemeinderat hat beschlossen, das mutige Angebot des Unabhängigen-Stadtrats Gustav Blessing anzunehmen, der die Sache selber in die Hand nehmen will — zum Preis von maximal 3000 Euro. Allerdings steht dieser Deal unter Vorbehalt: Blessing soll nicht nur finanziell, sondern auch bau- und haftungsrechtlich die Verantwortung tragen. Ob das aber in einem öffentlichen Gebäude überhaupt geht, muss erst geprüft werden.**   
  
Bürgermeister Christof Nitz ging gleich zu Beginn der Debatte in die Offensive und reichte Blessing die Hand: "Wenn Sie garantieren, dass das die Stadt nicht mehr als 3000 Euro kostet, dürfen sie gerne den Hammer schwingen. Dann haben wir eine Deal."   
  
Eine Überraschung war dies insofern, als die Stadt in ihrer eigenen Beschlussvorlage dem Gemeinderat empfohlen hatte, das Angebot von Blessing abzulehnen (wir berichteten). Nun also die Kehrtwende. Allerdings weniger aus Begeisterung für die Idee, einen solchen Eingriff in einem öffentlich genutzten Gebäude einem Privatmann zu übertragen — schon wegen offener rechtlicher Fragen. Vielmehr wies Nitz darauf hin, dass da im Vorfeld "ein Mordsdruck aufgebaut wurde. Es sieht jetzt so aus, als ob wir nicht in der Lage seien, eine einfache Wand rauszureißen." Begründet hatte die Stadt ihre ursprünglich ablehnende Haltung damit, dass nur die Kostenschätzung der Ingenieurgruppe Leppert über 25 000 Euro aus baurechtlicher Sicht vertretbar sei, da hier Brand- und Unfallschutz ausreichend gewährleistet ist. 25 000 Euro aber seien zu viel angesichts dessen, dass das JuZ möglicherweise alsbald an einen Investor verkauft werden könnte. Dann müsse ohnehin "ein Plan B fürs JuZ her" — wobei Nitz am Montag klar stellte, dass "wir uns in den nächsten zwei, drei Jahren darüber keine Gedanken machen müssen."   
  
Das 3000-Euro-Angebot Blessings hingegen würde nicht den öffentlichen Vergabebestimmungen entsprechen. Außerdem beinhaltet es, wie die BZ gestern berichtete, weniger Leistungen als die Leppert-Offerte, nämlich nur den Wanddurchbruch, Einziehen eines Stahlträgers, Ausbessern von Wand und Boden sowie Elektroarbeiten. Für die Belange des JuZ, dem es darum gehe, endlich einen Raum zu haben, in dem Aktivitäten in größerer Gruppe stattfinden können, sei dies aber ausreichend, meint Blessing.   
  
Er bekräftigte seine Aussage, dass maximal 3000 Euro an der Stadt hängen bleiben: "Ich stehe dazu." Die Zahl beruhe nicht auf Schätzungen, sondern auf konkreten Angeboten von Handwerkern. Die statische Prüfung hat er er selbst vorgenommen, vom TÜV-Südwest habe er eine entsprechende Zulassung. Er sei auch bereit, eine Bürgschaft zu unterschreiben, dass keine Mehrkosten auf die Stadt zukommen.  
  
Die Reaktionen im Ratsrund waren gemischt. Einerseits gab es für Blessings Initiative Lob. Ernes Barnet (Grüne) sprach davon, "dass wir froh sein können, dass endlich was gemacht wird."   
  
Blessings Fraktionskollege Andi Gsell erklärte: "Gustav Blessing steht zu dem Preis, dann sind wir Unabhängigen auch dafür." Auch Peter Ulrich (SPD) sprach sich dafür aus, Blessing eine Chance zu geben. Das "Galama um die dämliche Wand" müsse ein Ende haben.

*"Nicht nur finanziell, auch haftungsrechtlich darf nichts an der Stadt hängen bleiben."****Bürgermeister Nitz***

Baurechtlich allerdings hat mancher Stadtrat Bauchweh. Artur Cremans (SPD) kündigte an, dass ihm ein solcher Deal bei aller Liebe zum JuZ mit Blick auf spätere Haftungsfragen eine "zu windige Geschichte" sei. "Da mache ich nicht mit." Andere wie Heidi Malnati (CDU) machen ihre Zustimmung davon abhängig, dass eine Regelung gefunden wird, die sicher stellt, dass die Stadt im Nachhinein nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Darauf drängt auch Nitz: "Nicht nur finanziell, auch haftungsrechtlich darf nichts an der Stadt hängen bleiben." Es gehe da auch um Verkehrssicherungspflichten, so der Hinweis des Rathausjuristen Ruthard Hirschner. Er wisse im Moment nicht, wie eine Regelung aussehen soll, bei der die Stadt völlig außen vor sei.  
  
Für Michael Straub (Grüne) stellt sich da die Frage, warum die Stadt das Projekt nicht doch gleich selber umsetzt? Würde man sich im Umfang auf Blessings Angebot konzentrieren und dazu alle aus Sicht der Stadt sicherheitsrelevanten Zusatzarbeiten hinzurechnen, wäre man vermutlich auch nur bei 12 000 bis 15 000 Euro. Es sei ja auch nicht so, dass gar kein Geld fürs JuZ eingeplant sei — nur sei das Vorhaben bei der Abarbeitung der Projekte mit letzter Priorität versehen und damit erst 2013 ein Thema. "Vor einem Jahr war aber schon absehbar, dass das JuZ länger an diesem Standort bleibt."   
  
Eine Diskussion über den Prioritätenkatalog wollte Nitz allerdings nicht eröffnen: "Das ist nicht zielführend." Stattdessen ließ er abstimmen. Vorbehaltlich dessen, dass rechtlich ein Weg gefunden wird, stimmte denn eine Mehrheit bei zwei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen dem Deal zu.